

Stand: 12.02.2026 16:07:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5964

""Frei-Parken" für E-Autos stoppen - keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5964 vom 26.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6027 vom 27.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Markus Striedl, Benjamin Nolte, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

„Frei-Parken“ für E-Autos stoppen – keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verordnung zum kostenfreie Parken auf öffentlichen Parkplätzen für alle Autos mit einem „E“ am Ende des Kennzeichens rückgängig zu machen.

Begründung:

Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann am 04.12.2024 beschlossen, dass ab dem 01.04.2025 elektrisch betriebene Fahrzeuge (reine Batterieelektrofahrzeuge, von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge) mit einem „E“ am Ende des Kennzeichens auf allen öffentlichen Parkplätzen in Bayern bis zu drei Stunden kostenlos parken dürfen. Eine ausdrückliche Kennzeichnung der Parkplätze für das kostenlose Parken für E-Fahrzeuge ist dabei ausdrücklich nicht vorgesehen. Für die Gebührenbefreiung beim Parken auf öffentlichen Parkflächen soll es für Kraftfahrzeuge mit einem „E“ am Ende des Kennzeichens zukünftig reichen,

- a) eine entsprechend auf den Parkbeginn eingestellte Parkscheibe hinter die Windschutzscheibe zu legen,
- b) die vorhandenen Parkautomaten der Kommunen entsprechend umzustellen, so dass der E-Autofahrer für bis zu drei Stunden ein kostenloses Ticket ziehen kann sowie
- c) über Park-Apps, die noch entsprechend eingerichtet werden müssten, ein kostenloses Parkticket zu erhalten.

E-Kennzeichen können in Deutschland bis dato freiwillig beantragt werden – ohne speziellen Antrag erhalten alle Elektrofahrzeuge ein „normales“ Kennzeichen. Hier wird eklatant gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstoßen, denn zwei exakt baugleiche Fahrzeuge werden hier unterschiedlich behandelt. Ferner ist die Frage nicht geklärt, wie sich das Ganze europarechtlich verhält, wenn ein Fahrzeug kein deutsches Kennzeichen hat.

Des Weiteren werden ein weiteres Mal die Kommunen zur Kasse gebeten, um die grünen Wünsche und Vorstellungen der Staatsregierung zu finanzieren. Kommunen sind für die ihnen übertragenen Aufgaben zu entschädigen. Hier wird jedoch eine Förderung der Elektromobilität aus dem kommunalen Haushalt durch eine Verordnung der Staatsregierung angeordnet. Zusätzlich muss obendrein noch jede bayerische Kommune, so vorhanden, ihre Satzung diesbezüglich anpassen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Markus Striedl, Benjamin Nolte, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/5964

„Frei-Parken“ für E-Autos stoppen – keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Markus Striedl

Abg. Holger Dremel

Abg. Martin Huber

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

"Frei-Parken" für E-Autos stoppen - keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors! (Drs. 19/5964)

Wie bereits bekannt gegeben, hat die AfD-Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Markus Striedl das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger hier im Saal! Heute müssen wir einmal über die unlängst erlassene und hoffentlich nicht am 1. April in Kraft tretende Verordnung zum kostenfreien Parken für Elektroautos in Bayern sprechen. Die gute Nachricht: Wir können das Ganze immer noch verhindern. Eine so weitreichende Verordnung ohne den Landtag zu erlassen, ist zwar möglich, aber man sollte das nicht tun. Ob der Erlass dieser Verordnung im Plenum so geräuschlos über die Bühne gegangen wäre, wage ich zu bezweifeln.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, keine Sorge, wir als AfD sind für Sie da. Wir holen Ihnen das Unvermögen der Regierung aus dem Keller auf die Bühne des Parlaments.

(Beifall bei der AfD)

Warum eigentlich Unvermögen? – Nun, wenn eine eigentlich schwarz-orange Staatsregierung meint, grüne Spielchen spielen zu müssen, und das auch noch auf Kosten und mit dem Geld anderer, in diesem Fall der Kommunen, da sagt der Striedl: Stopp! So sieht es aus.

(Heiterkeit bei der AfD)

Hier soll einmal mehr eine Elektroautoförderung durch die Hintertüre kommen. Diesmal bezahlen das aber nicht der Bund oder der Freistaat, wie das sonst üblich ist, nein, diesmal soll das Ganze aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden, und zwar auf Verordnung der Staatsregierung hin.

Wie läuft das ab? – Elektroautos werden in Zukunft die Parkgebühren erlassen, also Einnahmen, die der Kommune entfallen. Um für die Größenordnung einmal ein Gefühl zu bekommen, wie viel Geld dabei verloren geht: Gemeinden und Kommunen gehen von entgangenen Einnahmen von momentan circa 3 Euro pro Einwohner aus. In Zahlen heißt das ungefähr: 4,5 Millionen Euro für München, 900.000 Euro für Augsburg, 120.000 Euro für Memmingen und 60.000 Euro für Donauwörth. Die Liste könnte beliebig weitergeführt werden. In Bayern fehlen den kommunalen Haushalten riesige Summen.

Das Gscherte an der Gschicht ist: Wenn der Landtag den Kommunen Aufgaben überträgt, dann muss er sie auch bezahlen – das ist eigentlich logisch. Wenn der Freistaat aber den Kommunen Rechte entzieht, nämlich die zur Erhebung von Parkgebühren für alle Fahrzeuge, was machen die Kommunen dann? – Dann schauen sie in die Röhre und kriegen keinen Pfennig. Die kommunalen Spitzenverbände hat man vorsichtshalber gar nicht gefragt.

Kommen wir aber auch noch zu dem Punkt: für alle Autos. Das ist nämlich der Knackpunkt an der Geschichte. Wenn die Regierung Innenstädte fördern und Parkgebühren für einen entsprechenden Ausgleich reduzieren oder abschaffen möchte, dann stimmen wir sehr gerne zu. Aber hier würde eine Gruppe finanziell privilegierter Menschen, nämlich diejenigen, die sich ein teures Elektroauto leisten können, ein paar Euro Parkgebühren sparen und meinen, das bringt irgendetwas. Dagegen muss eine alleinerziehende Mutter mit ihrem kranken Kind, die mit einem 15 Jahre alten benzinbetriebenen Auto zum Facharzt in die Innenstadt fährt, monatlich 30 Euro extra an Parkgebühren zahlen. Das tut ihr richtig weh. Das ist eine schreiende soziale Ungerechtigkeit, die dieses System mit sich bringt.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen steht unsere Forderung ganz klar: Es darf keine Bevorzugung irgendwelcher Antriebsarten geben, und schon zweimal nicht, wenn eine schreiende soziale Ungerechtigkeit obendrauf gepackt wird.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiteres Problem ist – da werden die Kommunalpolitiker, die Verwaltungen jetzt genau hinhören –, dass die Lenkungswirkung kommunaler Parkordnungen verloren geht. E-Autos sollen künftig bis zur maximal erlaubten Parkdauer gratis parken dürfen; allerdings auch dort mit Parkscheibe, wo eigentlich ein Parkschein zu ziehen wäre. Der Effekt davon ist: Parkscheiben gehen – Sie wissen das – halbstundweise. Das heißt, bestenfalls kann man in einer Zone, wo man mit einem Parkschein oder einer Parkscheibe eigentlich nur eine Stunde parken darf, eineinhalb Stunden stehen bleiben. Noch krasser wird das Ganze, wenn man drei Stunden parken darf und es ab 20 Uhr kostenlos wird, weil dann Elektrofahrzeuge bereits ab 16:30 Uhr kostenlos die ganze Nacht stehen bleiben. Das ist für Geschäftsleute einfach nur brutal.

"Brutal" ist übrigens nicht mein Wording, sondern kommt, wie der Presse zu entnehmen ist, aus dem Stadtrat in Donauwörth. Dieser hat dankenswerterweise genau deswegen bereits eine Protestnotiz an die Staatsregierung verfasst. Der Stadtrat Donauwörth irrt aber, dass man nichts dagegen machen könnte, außer zu klagen. Die gute Nachricht ist: Man kann etwas dagegen machen, nämlich einen Antrag beim Bayerischen Landtag, der gesetzgebenden Ebene, zu stellen. Genau das machen wir von der AfD heute. Wir stellen einen Antrag für unsere Bürger, für unsere Kommunalpolitiker und für unsere Kommunen in Bayern, die jetzt schon ganz oft nicht wissen, wo ihnen finanziell der Kopf steht.

(Beifall bei der AfD)

Weil wir auch gerne behilflich sind, weise ich darauf hin: Nächstes Jahr sind in Bayern Kommunalwahlen. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, über diesen Antrag heute namentlich abstimmen zu lassen, damit jede Kommune weiß, wer wie und wo mit ihrem Geld spielen geht oder nicht.

Weil wir hier im Hohen Haus auch viele Abgeordnete haben, die kommunalpolitisch aktiv sind – das Thema ist vielleicht auch ein bisschen unangenehm, das kann ich mir vorstellen –, fordere ich alle Fraktionen auf: Heben Sie für diese Abstimmung den Fraktionszwang auf, und lassen Sie die hier vertretenen Kommunalpolitiker so abstimmen, wie es für sie und ihre Kommune am besten ist.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Holger Dremel von der CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Striedl, herzlichen Dank für Ihre humoristischen Ausführungen und vielen Übertreibungen. Die alte oder die alleinerziehende Mutter muss immer wieder herhalten. Keine Frage: Man kann bei Sachfragen durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Aber wenn man eine Sache thematisiert, stellt man sich folgende Fragen: Wie viele Fahrzeuge haben wir in Bayern? Wie viele davon sind E-Fahrzeuge? Sagen Sie mir mal, wie viel Prozent E-Fahrzeuge es sind. Viele Menschen im ländlichen Raum sind wahrscheinlich überhaupt nicht betroffen, weil sie kein E-Fahrzeug haben. Also: Wie viele Fahrzeuge sind in Bayern zugelassen? Wie viele davon sind E-Fahrzeuge? Wie viel Prozent sind E-Fahrzeuge? Ist es wirklich ein Drama? Oder reden wir über einen kleinen Anteil und einen Anreiz?

Markus Striedl (AfD): Ich kann Ihnen tatsächlich nicht sagen, wie viele E-Fahrzeuge in Bayern unter diese Regelung fallen. Ich kann Ihnen aber sagen: Die Zahlen über Umsatzausfälle habe ich mir nicht ausgedacht. Die hat auch niemand erfunden. Sie können das auch der Presse entnehmen.

(Michael Hofmann (CSU): Nachgerechnet haben Sie sie aber nicht!)

Das sind Zahlen und Ausfälle, die die Stadt Memmingen befürchtet und nicht ich in persona!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Holger Dremel für die CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen Anreiz in größeren Städten für E-Fahrzeuge, die letztendlich für eine kurze Dauer von der Parkgebühr entlastet werden sollen.

Warum tut man so etwas? – Man tut so etwas, um einen Anreiz zu schaffen. Man möchte nicht E-Fahrzeuge komplett bevorteilen, sondern man schafft einen Anreiz, um die Innenstädte zu entlasten. Denken Sie an die Themen Umwelt, Klima und Luftverschmutzung.

Meine lieben Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen, auch ich persönlich fahre kein E-Auto. Ich fahre einen Verbrenner.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn etliche Fahrzeuge unsere Kommunen, Städte und Gemeinden auch lufttechnisch etwas reiner halten, trägt das dazu bei, dass das, was in Städten oftmals an der Tagesordnung ist, das Auto zu verbannen, nicht Einzug hält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, man kann vieles kontrovers diskutieren – keine Frage. Wir haben es uns als Regierungsfractionen aber nicht einfach gemacht und haben die Vor- und Nachteile abgewogen. Lieber Herr Kollege Striedl, es ist wichtig, die Zahlen im Blick zu behalten. Das war auch so ein Maßstab. – Jetzt hört er gerade nicht zu, weil der Kollege Böhm ihm einflüstert. – Kollege Böhm, er sollte

die Zahlen eigentlich selbst wissen. Es ist ihm aber egal. Ihre Botschaft ist gesendet. Das reicht aus. – Ich nenne Ihnen die Zahlen: 8,4 Millionen Fahrzeuge sind in Bayern zugelassen. Davon sind rund 470.000 E-Fahrzeuge. Wir reden also von 5,6 % der Fahrzeuge in ganz Bayern, die betroffen sind und deren Fahrer von dieser Regelung Gebrauch machen können.

Wir als Regierungsfaktionen können letztendlich intensiv diskutieren. Ich sage das auch mit Blick auf die FREIEN WÄHLER: Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Regierungsverantwortung zu tragen, heißt aber auch, mal zu einer Entscheidung zu kommen und das Rückgrat zu haben und dazu zu stehen und zu sagen: Jawohl, diesen Anreiz setzen wir jetzt in den Gemeinden, ob man selbst E-Fahrzeuge befürwortet oder nicht.

Meine Damen und Herren, auch die Wirtschaft hat bereits erkannt, dass E-Fahrzeuge dazugehören. Ich komme aus einer Gegend, in der der Verbrenner in der Zulieferindustrie maßgeblich zum Erhalt von Arbeitsplätzen beiträgt. Das ist auch wichtig. Es ist nicht unser Ziel, den Verbrenner zu verteufeln. Nein, es geht uns um die Luftreinhaltung und um das Klima in den Städten.

Ganz ehrlich: Man kann alles vermischen. Leider kann der Kollege Striedl mir die ganze Zeit nicht zuhören, weil der Kollege Böhm noch immer neben ihm steht und ihm ständig einflüstert. Es wäre schön, wenn Sie mir auch zuhören würden, wie auch ich Ihnen vorher zugehört habe.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist denen doch wurscht!)

Der AfD ist es aber egal, was hier geredet wird – Hauptsache Sie posten Ihre Sachen von hier populistisch ins Internet hinaus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD –
Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Sie sagen auch nicht, dass das nur auf öffentlichen Parkflächen gilt. Kein Parkhaus, keine Parkfläche der Stadtwerke oder eines Schwimmbades etc. ist davon betroffen. Nur auf öffentlichen Straßen, wo Parkflächen sind, gilt diese Befreiung für drei Stunden.

Übrigens: Die Stadt München verfährt in dieser Weise schon seit längerer Zeit. Sie hat selbst gesagt: Jawohl, wir schaffen einen Anreiz. Dort können die Leute zwei Stunden kostenfrei parken. Jetzt sind es drei Stunden. Ich glaube, das ist es. Man sollte es nicht übertreiben. Man sollte es vielmehr verstehen als das, was es ist, nämlich ein Anreiz für den Klimaschutz und für die Luftreinhaltung in den Städten und Gemeinden.

Liebe AfD, wenn ihr in Zukunft eine Begründung schreibt – ich bin kein Jurist, aber ich habe einmal das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das AGG, gelesen –, dann schreibt nicht hinein, dass Sie da als Verbrennerfahrer nicht gleichbehandelt seien.

"Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen."

Vom Auto oder von Sachwerten lese ich hier nichts. Deswegen sollten Sie das Gesetz beim nächsten Mal lesen und begründen, und nicht so einen Schmarrn hineinschreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Huber von der AfD-Fraktion vor.

Martin Huber (AfD): Verehrter Kollege,

(Michael Hofmann (CSU): Das ist ja ein Witz! Der Redner hört nicht zu und stellt dann eine Nachfrage!)

erstens ist es kein Schwachsinn. Zweitens ist das selbstverständlich eine Benachteiligung; aber mich stört bei euch am meisten – das habt ihr so nebenbei erwähnt –, das ist eine Benachteiligung, das heißt: schon wieder ein Gesetz, wieder eine Verordnung, wo das Ganze die Kommune zu tragen hat, weil das Einnahmensenkungen sind. Da sagen Sie gar nichts: Ach, das sind ja nicht so viele Autos. – So verweichlichen Sie das Ganze.

Lieber Kollege, ich weiß nicht, ob Sie ein Kommunalpolitiker sind, aber ich bin einer. Ich weiß, dass alle klamm sind, dass die ganzen Finanzen klamm sind. Und dann sagen Sie: Es sind ja nicht so viele Autos. – Für mich ist das eine klare Benachteiligung. Man sollte da keine Unterschiede machen. Das ist auch Spaltung. Sie können vielleicht solche Abwägungen, solche Formulierungen treffen. Wir sollten die Kommunen stärken. Wer anschafft, soll für die Ausfälle der Kommunen aufkommen.

(Beifall bei der AfD – Arif Taşdelen (SPD): Das Ganze jetzt bitte auf Deutsch! – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Das war bestes Deutsch!)

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, ich war jahrelang Stadtrat. Ich war in dieser Stadt Zweiter Bürgermeister. Ich bin aktuell auch Kreisrat. Ich bin kommunal verhaftet, und ich weiß, dass die Diskussionen für solche Anreize zu Hause nicht einfach sind; aber es gehört zum Handeln einer Regierungsfraktion dazu zu sagen: Wir haben uns dafür mehrheitlich entschieden, wir tragen das. – Dann tragen wir das auch mit. Sie haben keine Regierungsverantwortung und werden nie Regierungsverantwortung haben,

(Heiterkeit bei der AfD)

und deswegen haben Sie dieses Problem nicht. Wir wollen mit dieser Entscheidung einen Anreiz schaffen, dass E-Fahrzeuge die Luft und das Klima in den Städten verbessern.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Zahl zu sprechen. Wir reden von 5,6 % der Fahrzeuge. Die Zahl aus Memmingen hat uns erreicht, bevor der kommunale Spitzenverband sich geäußert hat. Ich will diese Hochrechnung nicht anzweifeln, aber ich weiß nicht, ob das alles so korrekt ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dremel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Das hört sich super einfach an: drei Stunden kostenloses Parken für E-Autos. Deswegen hat es der Ministerpräsident als Parole hinausposaunt, allerdings ohne sich erst einmal schlau zu machen, ob das überhaupt Sinn macht, ob die Städte das wollen und ob das problemlos umsetzbar ist. Beispielsweise hat er den kommunalen Spitzenverbänden nicht einmal eine ernsthafte Beteiligungsmöglichkeit eingeräumt.

Der Bayerische Städtetag hat die Aufforderung zur Stellungnahme am Freitag um 16 Uhr mit Frist bis zum darauffolgenden Montag in der Früh bekommen. Der Bayerische Städtetag hat sehr wohl eine Stellungnahme abgegeben, aber eine ablehnende, weil drei Stunden kostenloses Parken nur für die E-Fahrzeuge, die nicht immer ein "E" am Ende des Kennzeichens haben, gar nicht so einfach umzusetzen ist. Das ist überhaupt nicht einfach zu kontrollieren. Außerdem sind Einnahmeausfälle zu befürchten.

Wenn man mit Vertretern des Bayerischen Städtetags redet, erfährt man, dass wir beim Parken eigentlich ein ganz anderes Problem haben, und zwar ein Problem mit der Bayerischen Staatsregierung. Da geht es um die Deckelung der Parkgebühren. Die Kosten für das Parken sind auf rund einen Euro pro Stunde gedeckelt. Das ist viel zu wenig für manche Städte, die eine Lenkungswirkung entfalten möchten, die ihren Parkraum intelligent bewirtschaften möchten. Diese Kosten sind nirgends so niedrig wie in Bayern, weil die CSU seit Jahrzehnten unverändert diesen niedrigen

Preisdeckel hat. Der Städtetag läuft dagegen Sturm, weil die Städte frei, in eigener kommunaler Planungshoheit, in eigener Hoheit sozusagen, entscheiden wollen, was sie für das Parken verlangen.

Genauso verhält es sich auch beim Anwohnerparken. Da ist es noch kurioser. Da muss in Bayern weiterhin der öffentliche Raum, dieses kostbare Gut, den Anwohnern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Lediglich für den Parkausweis dürfen 30,70 Euro verlangt werden. In anderen Bundesländern ist es längst anders: Da sind die Kommunen ermächtigt worden, selber zu entscheiden, wie sie den Parkraum bewirtschaften wollen, wo sie viel verlangen wollen, wo sie es kostenlos anbieten wollen. Sie können damit eine für ihre Städte, für ihre Entwicklung positive lenkende Wirkung entfalten. Das brauchen wir auch endlich in Bayern. Packen Sie deswegen endlich dieses Problem an, und geben Sie den Gebührendeckel wie in anderen Bundesländern frei. Geben Sie den Kommunen die Freiheit, selber zu entscheiden, selber den Parkraum zu bewirtschaften, wie es vor Ort für sie richtig ist, und die Gebühren zu erheben, die sie benötigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Büchler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Saller für die FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind zwei Sätze, die die Zuständigkeitsverordnung ändern, und diese zwei Sätze stellen aus meiner Sicht nicht den Untergang des Abendlands dar. Braucht es diese Verordnung? Braucht es sie nicht? Braucht es diese Änderung? – Darüber kann man diskutieren. Sie ist in die Welt gebracht. Jetzt probieren wir es doch einmal aus, ob sie einen Anreiz bringt.

Die Überlegung, die dahintersteckt, ist doch folgende: Die Automobilindustrie, auch die bayerische, hat sich längst darauf eingestellt, E-Fahrzeuge zu produzieren. Es ist doch unbestritten, dass wir im Jahr 2024 einen totalen Einbruch beim Absatz

von E-Fahrzeugen verzeichnen. Daran sind Sie in der Ampel-Regierung nicht ganz unschuldig, weil Sie den Umweltbonus gestrichen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Jetzt geht es um die Frage: Wie kann man denn vielleicht einen Anreiz setzen, damit Leute E-Fahrzeuge kaufen? – Dabei geht es gar nicht darum, dass man Verbrennerfahrer benachteiligt. Es geht auch nicht darum, die zu bevorzugen, die ein E-Fahrzeug haben, sondern es geht darum zu überlegen: Macht ein E-Fahrzeug für mich vielleicht Sinn? – Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich bin Dieselfahrer. Ich bekenne mich dazu. Und ja, liebe GRÜNE, ich fahre einen SUV; aber ich bin mit meinem Abgeordnetenbüro vor Kurzem umgezogen und bin jetzt von einem Gewerbegebiet, wo ich immer einen Parkplatz gehabt habe, zurück in die schöne Mühldorfer Altstadt gezogen, die komplett parkraumbewirtschaftet ist und wo ich mittlerweile nicht mehr weiß, wie viele Strafzettel ich da schon kassiert habe, weil ich vergesse, Geld nachzuwerfen.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist einmal Engagement!)

Vor dem Hintergrund habe ich einmal überlegt: Mensch, das wäre doch jetzt ein Anreiz, mit dem E-Auto da einmal herunterzufahren. Um genau solche Fälle geht es doch. Wir wollen überlegen: Können wir nicht mehr Leute finden, die diesen Umstieg einmal wagen oder die vielleicht die Anschaffung eines Zweitautos erwägen oder die ohnehin eine PV-Anlage zu Hause auf dem Dach haben.

Ja, ich gebe Ihnen schon recht: Man kann darüber diskutieren, wie aufwendig das ist; ich meine aber, man hat versucht, es so unbürokratisch zu lösen, wie es nur irgendwie geht. Man hat den Kommunen auch in die Hand gegeben, wie sie das Ganze umsetzen können, sei es, dass man es mit einer Parkscheibe macht, sei es, dass man einen Nullzettel am Automaten herausholt. Wir werden sehen, wie die Umsetzung in der Praxis läuft.

Meine Damen und Herren, was die Einnahmenverluste angeht, sage ich: Die Kommune, die darauf angewiesen ist, diese entgangenen Parkgebühren zu kompensieren, hat andere Probleme als diese. Die Parkraumbewirtschaftung dient in erster Linie der Lenkung des Verkehrs. Sie dient dazu, dass Dauerparker vermieden werden. Das macht auch die neue Regelung. Gemäß der neuen Regelung gilt die Parkdauer nur für drei Stunden. Sie soll verhindern, dass Dauerparker in die entsprechenden Zonen hereingebracht werden.

Vor dem Hintergrund sage ich: Wo landen wir denn dann, wenn wir gar nichts mehr ausprobieren dürfen? – Die Idee dahinter war: Das Ganze soll jetzt einmal bis Ende 2026 laufen. Danach müssen wir schauen, ob es sich bewährt hat. Dann kann man es auch wieder genauso unproblematisch und geräuschlos auslaufen lassen, wie man es jetzt einführt. Wir sollten dabei in erster Linie daran denken: Wir tun etwas für unsere bayerische Wirtschaft.

Der Aspekt, den der Kollege Dremel genannt hat, ist auch ganz wichtig: Im innerstädtischen Bereich sind mir E-Autos viel lieber als Autos mit Verbrenner, weil Verbrenner nicht nur CO₂ in die Luft ausstoßen, sondern auch andere Schadstoffe, und die werden bei E-Autos definitiv vermieden, weil sie emissionsfrei betrieben werden können.

Vor diesem Hintergrund werden wir diese Entscheidung jetzt sicherlich nicht zurücknehmen, sondern wir probieren es aus; denn wir sind mutig in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Über diesen Antrag von der AfD wird Elon Musk aber sauer sein, wo er euch doch so fördert, und jetzt seid ihr gegen E-Autos. Das wundert mich jetzt schon.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Er hat doch extra Frau Weidel so intensiv im Wahlkampf unterstützt. Insofern wundert es mich, dass ihr euch traut, diesen Antrag zu stellen.

Aber es ist natürlich so ein bisschen "Wir wollen zurück in die Vergangenheit", wie bei allen Punkten, die die AfD vorschlägt. Ihr wollt am liebsten mit Diesel, mit Atomkraft und mit Kohle arbeiten.

(Beifall bei der AfD)

Über andere Vorstellungen, die ihr habt und die bis in das letzte Jahrhundert zurückgehen, möchten wir hier gar nicht reden.

Zur Staatsregierung muss man sagen: Es wäre besser gewesen, wenn man sich mit den Städten und Gemeinden, die davon betroffen sind, abgesprochen hätte und es dann gemeinsam umgesetzt hätte. Das sagen wir an der Stelle, weil wir wissen, dass der Städtetag sich dazu kritisch geäußert hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen doch E-Mobilität nach vorne bringen. Ich freue mich, dass es jetzt endlich ein klares Bekenntnis von CSU und FREI-EN WÄHLERN zur E-Mobilität gibt. 250.000 Tote durch schlechte Luft und durch Abgase gibt es in Europa – jedes Jahr. Da ist es doch gut, wenn man emissionsfreie Mobilität fördert. Ein E-Motor ist wartungsfrei. Er wird viel länger und viel besser laufen.

Und wir merken doch gerade: China fördert massiv die E-Mobilität. Deswegen kommen auch die chinesischen Autos en masse auf den Markt. Wir haben Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Bayern daran hängen; diese müssen wir sichern. Ihr Antrag führt in die Vergangenheit und ins Chaos; deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sachverhalt ist eigentlich denkbar einfach. Wir haben das Anliegen, Elektromobilität in unserem Land zu fördern. Wir wollen niemandem verbieten, weiter zum Beispiel mit einem Fahrzeug mit Verbrennermotor zu fahren. Aber wir wollen in der Tat Leute ermuntern, dass sie sich dort für Elektromobilität entscheiden, wo sie es selbst für gut und zukunftsfähig halten. Da soll ein kleiner Anreiz gesetzt werden, indem man unter anderem – die neue Bundesregierung wird überlegen, ob es wieder Prämien gibt – vor Ort unmittelbar sagt: Wenn du hier mit einem Elektroauto in die Innenstadt fährst, dann darfst du bis zu drei Stunden kostenlos parken.

Ein leichter Anreiz, ein leichter Akzent, für den die Rechtsgrundlage auf Bundesebene schon vor zehn Jahren im Elektromobilitätsgesetz geschaffen wurde. Wir haben auf Bundesebene die klare Regelung, dass die Länder Maßstäbe für die Höhe von Parkgebühren der Kommunen, nach der Straßenverkehrs-Ordnung wohlgemerkt, im öffentlichen Raum festlegen können. Private Parkhäuser, auch Parkhäuser, die privat von Kommunen betrieben werden, Privatparkplätze, sind davon nicht betroffen. Es geht ausschließlich um die Parkplätze, die im öffentlichen Straßenraum angeboten werden. Das ist die Situation.

Es ist zu Recht schon angesprochen worden, dass die Landeshauptstadt München schon vor einiger Zeit von sich aus beschlossen hat, dass auf allen öffentlichen Parkraumflächen Münchens mit einem Elektroauto bis zu zwei Stunden kostenfrei geparkt werden kann. Letztendlich haben wir auf der einen Seite auf der Grundlage dessen, was Kommunen zum Teil schon selbst angepackt hatten, und auf der anderen Seite mit dem Rahmen, den der Bund vorgibt, entschieden, wir möchten das in diesem Geltungszeitraum des Elektromobilitätsgesetzes bis Ende 2026 ausprobieren und sagen: Generell gilt in ganz Bayern, im öffentlichen Parkraum darf bis zu drei Stunden

kostenfrei geparkt werden – nicht mehr und nicht weniger. Ich kann nicht erkennen, wo da das Riesenproblem liegen soll.

Es ist auf Bundesebene klar geregelt, dass dies zur Verwaltungsvereinfachung ausschließlich für Fahrzeuge gilt, die mit einem E-Kennzeichen gekennzeichnet sind. Es gibt welche, die kein E-Kennzeichen dran haben, weil keiner verpflichtet ist, das auf sein Kennzeichen draufzuschreiben, auch wenn er ein Elektroauto hat. Aber dann kann er auch die Parkgebührenbefreiung nicht in Anspruch nehmen, weil das sonst einen Riesenverwaltungsaufwand produzieren würde, wenn man das extra noch weiter überprüfen würde. Deshalb gilt schon vom Bundesgesetz her die klare Regelung: Diese Gebührenbefreiung gilt nur für Autos, die mit einem E-Kennzeichen gekennzeichnet sind.

Übrigens ist interessant, dass ausgerechnet Sie sich über europarechtliche Fragen Gedanken machen. Auch das ist eindeutig geregelt. Es gibt in anderen europäischen Ländern andere Kennzeichen; aber die Befreiung gilt für alle europäischen Autokennzeichen. Keiner muss also befürchten, dass europäische Freunde benachteiligt würden.

Nein, meine Damen und Herren, es ist eine einfache, praktikable Regelung. Man sieht, dass die Regelung von den Kommunen problemlos umgesetzt werden kann, weil aufgrund dieser Regelung, wie wir sie in der Verordnung getroffen haben, keine Kommune ein neues Schild aufstellen muss und dergleichen. Sie kann darauf hinweisen, dass es die gebührenfreie Regelung gibt. Wenn sie es nicht hinschreibt, dann gilt die Regelung zur Gebührenfreiheit trotzdem aufgrund der Verordnung für ganz Bayern. Jeder weiß, dass das so gilt, und kann überall in Bayern unter Berufung darauf mit Parkscheibe bis zu drei Stunden parken. Damit hat sich der Fall.

Angesichts dessen, dass wie angesprochen gegenwärtig rund 5 % der in Bayern zugelassenen Kfz Elektroautos sind, sind Spekulationen von Kommunen, dass sich da Gebührenaufschläge in Höhe von 10, 15 oder 20 % einstellen könnten, überhaupt nicht

nachvollziehbar. Wir werden uns am Ende des Jahres gerne anschauen, wie die Abrechnungen tatsächlich aussehen. Aber wieso 5 % der zugelassenen Fahrzeuge Gebührenausfälle in Höhe von 15 oder 20 % produzieren können, ist für mich jedenfalls – vielleicht habe ich irgendetwas übersehen – bislang überhaupt nicht nachvollziehbar.

Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Deshalb bin ich froh, dass sich jetzt alle Kommunen darauf einstellen. Ab dem 1. April gilt diese Regelung und kann so vollzogen werden. Wenn sich deswegen ein paar zusätzliche Mitbürgerinnen und Mitbürger ermuntert sehen, sich für ein Elektromobil zu entscheiden, dann ist das gut, dann dient das auch der ökologischen Entlastung unserer Innenstädte. Genau das wollen wir vorantreiben.

Ich sage aber ausdrücklich noch einmal: Wir gehören nicht zu denen, die irgendjemand sein bisheriges Benzin- oder Dieselauto verbieten wollen, sondern wir setzen hier auf die Entscheidungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger selbst. Ich bitte, den Antrag der AfD abzulehnen, weil er uns um keinen Millimeter weiterbringt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Diese findet in elektronischer Form statt. Abstimmungszeit: drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:03 bis 15:06 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Wir fahren nun mit der Tagesordnung fort. Bevor ich den nächsten Dringlichkeitsantrag aufrufe, gebe ich die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt: zuerst zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "'Frei-Parken' für E-Autos stoppen – keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors!", Drucksache 19/5964: Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 127 gestimmt. Einer hat sich der Stimme enthalten. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.03.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; "Frei-Parken" für E-Autos stoppen - keine Benachteiligung des Verbrennungsmotors! (Drucksache 19/5964)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias				Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred			
Brannekämper Robert				Groß Johann		X	
von Brunn Florian		X		Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren		X		Hanna-Krahl Andreas		X	
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dunkel Norbert		X		Hiernéis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingen Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner		X	
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin			
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	127	1